

Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel

Im Juli 1987 besuchte eine bundesdeutsche Delegation mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher an der Spitze die Sowjetunion. Während dieses Treffens machte Gorbatschow gegenüber Weizsäcker eine berühmt gewordene Bemerkung: Was nämlich in »hundert Jahren« mit der Frage der deutschen Einheit sein werde, das wisse niemand, das werde »die Geschichte entscheiden«. Viele Mitglieder der deutschen Delegation waren enttäuscht; sie hatten mehr erwartet. Hans-Dietrich Genscher aber widersprach: Gorbatschow habe etwas Neues gesagt. Er habe etwas »widerrufen, was wir bisher immer gehört haben, nämlich, dass die deutsche Frage für alle Zeit entschieden sei.« Vielmehr habe Gorbatschow nun die deutsche Frage auf die »Zeitschiene« gesetzt. »Und die Zeitschiene kann man verschieben, die ist variabel. Es ist keine Grundsatzfrage mehr, und aus hundert Jahren können zehn Jahre werden oder weniger.«¹ Tatsächlich hatte Gorbatschow mit seiner eher kryptischen Bemerkung Genschers wachsenden Optimismus bestärkt: ein Optimismus und ein Glaube an die Entwicklungsmöglichkeiten der Geschichte, die ihn ja schon am 1. Februar 1987 zu seiner wohl berühmtesten Rede bewegt hatten: zur Davoser Rede und zur Forderung, Gorbatschow ernst, ja »beim Wort« zu nehmen.²

In der Nussschale enthält diese Episode wichtige Elemente für eine Antwort auf die Frage: Was ist liberale Außenpolitik? Was kann liberal gerade auch in einer Zeit wie der heutigen heißen, in denen der problematische und missbrauchte Begriff des »Neo-Liberalismus« den Blick auf historische Kernelemente des Liberalismus eher vernebelt?

Tatsächlich lassen sich, so wird im Folgenden zu argumentieren sein, solche historischen Kernelemente des Liberalismus bei Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik unschwer erkennen. Der erste Teil gilt dem Nachdenken über

1 Hans-Dietrich Genscher: Die Chance der Deutschen. Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit Guido Knopp. München 2008, S. 131 f. Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 544. Zu Gorbatschows Äußerung Fred Oldenburg: »Neues Denken« in der sowjetischen Deutschlandpolitik? In: Deutschland-Archiv 20 (1987), S. 1154 – 1160, hier v. a. S. 1157.

2 Hans-Dietrich Genscher: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 137-150, hier S. 150.

solche liberalen Grundlagen, bevor in einem zweiten Schritt die Problematik von »Kontinuität und Wandel« diskutiert werden wird.

I.

Es steht außer Frage, dass manches von dem, was »liberale« Außenpolitik genannt werden kann, der Kontingenz der koalitionspolitischen Umstände geschuldet ist. Gerade in der Bundesrepublik profitierte die F.D.P. von ihrer Rolle als langjähriger Juniorpartner in unterschiedlichen Regierungskoalitionen. Das Amt des Vizekanzlers und Außenministers verdankte sie weitgehend dieser Konstellation. Darüber hinaus aber lässt sich durchaus nach liberalen Inhalten der Außenpolitik fragen. Abstrakt gesprochen, handelte es sich bei ihnen um zunächst drei Grundprinzipien politischen Denkens, die historisch den Liberalismus geprägt haben.³

Erstens lässt sich auf den Entwicklungsgedanken verweisen, das heißt auf die Vorstellung vom Prozesscharakter der Geschichte. Kein Zustand kann aus dieser Sicht unverrückbar sein, jeder Status quo ist veränderbar, wenn auch vielleicht nur langsam, mühsam und unter Inkaufnahme von Rückschlägen. Hans-Dietrich Genscher bezog hieraus seinen unerschütterlichen Optimismus, seinen Glauben an die Möglichkeit des Fortschritts in der Geschichte. In der überwiegenden Mehrzahl seiner Amtsjahre bezog sich dieser Optimismus auf die Hoffnung, der Ost-West-Gegensatz möge eines Tages überwunden und damit auch die deutsche Frage gelöst werden können. Dies war die Ratio der Entspannungspolitik. »Entspannung ist nicht Zustand, sondern Prozess«, formulierte Genscher 1976. Sie »ist nicht Abwesenheit von Spannung, sondern Bemühung, die Ost-West-Spannung unter Kontrolle zu halten und wo immer möglich zu verringern.«⁴

Neben den Entwicklungsgedanken tritt zweitens als weiteres liberales Prinzip der Rationalismus, die Vorherrschaft der Vernunft. Rationalität, das bedeutet in guter aufklärerisch-liberaler Tradition den offenen Austausch des Arguments, die Möglichkeit und vor allem auch die Freiheit zur Diskussion. Aus ihr speist sich der Glaube daran, die Kraft des vernünftigen, an der Realität orientierten Arguments werde sich durchsetzen. Erst aus einer solchen Haltung heraus erwächst Berechenbarkeit und aus Berechenbarkeit allein wächst Vertrauen – in der Politik wie im privaten Umgang.

Eine solche liberale Auffassung stand jener dezisionistischen Haltung eines Alles oder Nichts entgegen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die

3 Vgl. hierzu insgesamt auch die Beiträge in Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden 2002.

4 Hans-Dietrich Genscher: Aufgaben der Außenpolitik: Entspannung, Kooperation, Integration. In: Ders. (Hrsg.): Liberale in der Verantwortung. München/Wien 1976, S. 10.

deutsche Außenpolitik so häufig und so verderblich charakterisierte. Bereits bei Gustav Stresemann, der sich im Namen einer rationalen »Realpolitik« dem Illusionismus seiner deutschnationalen Gegner entgegenstemmte,⁵ kam ein solcher vernunftbetonter Entwicklungsgedanke zum Tragen. Und es kennzeichnete Genschers liberalen Rationalismus, dass es ihm stets darum zu tun war, den Dialog der Vernunft gleichsam zu institutionalisieren. Dies war auch eines der entscheidenden Antriebsmotive für die KSZE, deren Bedeutung Genscher stets zu Recht hervorhob. Jenseits aller konkreten Verhandlungen und Verträge pflanzte die KSZE ein Forum vernünftiger Kommunikation in die Welt des scheinbar unüberwindlichen Blockgegensatzes ein.

Kommunikation und Öffentlichkeit sind mithin die Garanten des aufgeklärt-liberalen Rationalismus. Sie markierten auch das Ziel einer liberal geprägten Außenpolitik. Es galt, einen alten liberalen Traum von Europa zu verwirklichen, einen Traum, der einerseits im frühen 19. Jahrhundert wurzelte, der andererseits aber ganz neue Kraft ausstrahlte und auf einen freien Zustand jenseits des Blockgegensatzes zielte: nämlich »ein Haus der offenen Türen, der freien Kommunikation, ein Europa der Freiheit und Selbstbestimmung.«⁶

Freiheit und Selbstbestimmung verweisen auf das dritte Element in Genschers Außenpolitik, das sich in den klassischen liberalen Kanon einfügt. Das künftige Europa sollte ein demokratisches »Europa der Bürger« sein, ein Europa, in denen die Menschen- und Bürgerrechte für jeden einzelnen ungeteilt Geltung haben würden. Voraussetzung hierfür war freilich, dass sich alle europäischen Nationalstaaten in freier Selbstbestimmung für das demokratische Prinzip entscheiden konnten – ohne ideologische und militärische Bevormundung.

Entwicklungsgedanke und Fortschrittsoptimismus, Rationalismus und freie Kommunikation, Verpflichtung auf Freiheit und Selbstbestimmung: dies waren die entscheidenden liberalen Prinzipien in Genschers Außenpolitik. Welche Methoden wandte er nun an, um diesen Grundsätzen auch in der praktischen Politik Geltung zu verschaffen?

Zwei Merkmale stechen hervor: Zum einen gehörte zu Genschers Politik ein hohes Maß an Empathie, an Verständnis für den jeweils anderen Blickwinkel der internationalen Gesprächspartner. Hans-Dieter Heumann hat dies als das »Kompatibilitätsprinzip« bezeichnet. Das heißt: Kein Politikfeld sollte so ausgestaltet werden, dass es in anderen Politikfeldern provokativ wirkte und infolgedessen zu starke Gegenkräfte hervorrief.

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Eberhard Kolb in diesem Band.

6 Hans-Dietrich Genscher in einer Rede auf der Tagung des Institute for East-West-Security-Studies (IEWSS) in Potsdam, 11.6.1988. In: Genscher: Unterwegs zur Einheit (wie Anm. 2), S. 169.

Konkret hieß das: Es galt, die innereuropäische Zusammenarbeit nachhaltig zu verstärken, ohne damit eine »provokative Gegenmacht«⁷ zu den USA zu bilden; die deutsch-französischen Beziehungen zu intensivieren, ohne den Eindruck zu erwecken, die Europäische Gemeinschaft solle einem deutsch-französischen Direktorium unterstellt werden. 1989/90 schließlich hieß das: die deutsche Einheit zu vollenden, ohne den Nachbarn das Gefühl zu vermitteln, im Zentrum Europas entstehe eine neue bedrohliche Machtkonzentration.

Dieses Kompatibilitätsprinzip verweist auf das zweite Merkmal von Genschers Außenpolitik, nämlich den Multilateralismus. Multilateralismus lässt sich als die regelmäßige gleichzeitige Kooperation zwischen mehreren Staaten verstehen. Im besten Fall führt er zu einer Institutionalisierung dieser Kooperation und zum permanenten Interessenabgleich zwischen den beteiligten Staaten. Genscher begriff die konkreten Formen des Multilateralismus – in erster Linie die Vereinten Nationen, die NATO, die Europäische Gemeinschaft und die KSZE – als die spezifischen Instrumente einer liberalen Außenpolitik, die den genannten Prinzipien folgte.

Damit verband sich ein Politikstil, der – wie Hans-Dieter Heumann hervorgehoben hat⁸ – durch klassische politikwissenschaftliche Begriffe wie »Realismus« oder »Idealismus« kaum zu erfassen ist. So sprach Genscher in der Öffentlichkeit kaum jemals von spezifisch nationalen, deutschen bzw. bundesdeutschen »Interessen« – ein Kernbegriff der »realistischen« Schule der Lehre von den Internationalen Beziehungen. Das hieß natürlich nicht, dass es für ihn keine deutschen Interessen gab – die lagen in der Wahrung des Friedens in Freiheit und Sicherheit und in der Überwindung der Teilung. Was aber die Überwindung dieser Teilung betreffe, so äußerte Genscher noch am 1. Dezember 1989 – kurz nach Kohls Zehnpunkteplan – »so könne nur eine solche Politik klug genannt werden, die an dieses Ziel ständig denke und es konsequent verfolge, ohne dauernd darüber zu reden.«⁹

Diese Strategie, nicht durch große Worte der Interessenpolitik die außenpolitische Dynamik zu bremsen und damit die eigenen Handlungsspielräume zu verengen, charakterisierte Genschers Außenpolitik. Auf liberalen Prinzipien gründend, stellt sie den eigentlichen Kern des vielzitierten »Genscherismus« dar.

Wenn man das kontrastiv erfassen will, dann betrachte man das »realistische«, von der Definition deutscher Interessen lebende außenpolitische Pro-

7 Peter Schell: Bündnis im Schatten. Die Westeuropäische Union in den 80er Jahren. Bonn 1991, S. 171.

8 Hans-Dieter Heumann: Genscher, ein »liberaler« Außenminister? In: Lucas (Hrsg.), Genscher (wie Anm. 3), S. 413–432. Siehe auch Ders.: Deutsche Außenpolitik jenseits von Realismus und Idealismus. München 2001.

9 Archiv des deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach, Bestand F.D.P. Bundespartei 17118, Sitzung des Bundesvorstands der F.D.P. am 1. Dezember 1989 in Celle.

gramm von Franz Josef Strauß. »Bei allen meinen Gesprächen mit Genscher«, so meinte Strauß, »stellte ich [...] fest, dass die deutsche Außenpolitik seit 1969 systematisch ihrer Konturen beraubt worden war. Es gibt keine deutsche Außenpolitik für den pazifischen Raum, es gibt keine deutsche Afrikapolitik, es gibt keine deutsche Nahostpolitik und so weiter und so weiter. Es gibt seit Genscher nur noch eine multilaterale deutsche Kongresspolitik.«¹⁰

Auch von anderen steckte Genscher vor allem während der 1980er Jahre zum Teil harte Kritik ein. Vieles ist gesagt und geschrieben worden über Genscher, den Taktiker, Genscher, den Nicht-Festlegbaren, ja sogar über Genscher, den Glatten und zugleich Undurchschaubaren. Die Gegner im In- und Ausland lehnten Genschers Politik als tendenziell neutralistisch ab. Aus ihrer Perspektive schien der »Genscherismus« vor allem in Osteuropa auf eine neue, eigenständige und auf stärkeren Einfluss zielende Sonderrolle der Bundesrepublik zu drängen. Den Außenminister traf daher der Vorwurf der mangelnden Bündnissolidarität mit national-neutralistischer Tendenz. Gekennzeichnet schien er ferner durch eine Politik der vagen Formelkompromisse, zugleich freilich der geschickten Diplomatie des Kalküls und klugen Abwägens.¹¹

Demgegenüber lässt sich durchaus argumentieren, dass die außenpolitischen Prinzipien Genschers klar genug und zugleich einfach zu begreifen waren. Und auch dem Historiker stellen die Quellen diese Prinzipien klar genug dar. Eine andere Frage ist die der politischen Alltagstaktik, des sich Hindurchlavigens durch die vielen parteipolitischen und sonstigen Widerstände und die ebenso vielen Hindernisse auf dem Weg zu konkreten Zielen. Hier war und ist politische Taktik, vielleicht auch Finesse, gefragt. Und wenn sich Hans-Dietrich Genscher auf diesem Feld als Meister erwies, so gereichte ihm dies nicht unbedingt zum Vorwurf.

II.

Dies führt zum zweiten Punkt der vorliegenden Überlegungen, der Frage von Kontinuität und Wandel in Genschers 18jähriger Amtszeit. Damit verbindet sich das Problem, wie Genscher seine liberalen Grundüberzeugungen an die schwierigen außenpolitischen Rahmenbedingungen seiner Zeit anpasste. Wie wurden aus Prinzipien pragmatische Lösungen?

10 Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 564.

11 Siehe z. B. Emil J. Kirchner: Genscher and What Lies Behind 'Genscherism'. In: West European Politics 13 (1990), S. 159-177. Auch: Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 581ff.

Betrachtet seien in aller Kürze vier historische Knotenpunkte, in denen Genschers liberale Handschrift erkennbar ist und in denen sich eine liberale Kontinuität im historischen Wandel abbildet.

Erstens, die Verabschiedung der KSZE-Schlussakte in Helsinki im Jahre 1975. Genscher betrachtete dieses Ereignis als einen wichtigen Höhepunkt der Entspannungspolitik, so wie er sie verstanden wissen wollte: nicht als eine statische »friedliche Koexistenz« im Sinne des Ostblocks, sondern als Infusion von Dynamik in das geteilte Europa. Das galt zum einen für die Institutionalisierung des Ost-West-Dialogs – Genschers Kompatibilitätsprinzip. Zum anderen galt dies aber vor allem für den umstrittenen Korb drei der KSZE-Schlussakte, der Genscher besonders am Herzen lag. Hier ging es um die Erleichterung von menschlichen Kontakten und Informationsaustausch über die Blockgrenzen hinweg – um das liberale Prinzip der Kommunikation also. »Entspannung«, so formulierte es der Bundesaußenminister 1975 vor dem Bundestag, »ist nach westlichem Verständnis ein Prozess, der der Geschichte unterliegt, der den status quo nicht auf ewig festschreibt, sondern dynamisch die Möglichkeit neuer Entwicklungen offenhält. Das schließt für uns sowohl die Möglichkeit der deutschen Einheit wie auch die der Vollendung der europäischen Einigung ein.«¹²

Es war also von Beginn an klar, wohin der dynamische Prozess der Entspannung aus deutscher Sicht verlaufen sollte: An seinem Ende, so wollte es Genschers Optimismus, könnte das alte deutsche Dilemma von Freiheit oder Einheit aufgelöst werden, so wie es sich die Liberalen seit 1848 erträumten. »Bestandteil dieser Politik der Bundesrepublik Deutschland ist das erklärte Ziel, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.« Diese Formel aus dem Brief zur deutschen Einheit von 1970 hat Genscher wieder und wieder repetiert. Seine politische Sprache, die sich unverändert an dieser Formel orientierte, ist geradezu zu einem Medium dieses Briefes zur deutschen Einheit geworden.

Genscher stellte sich damit dezidiert in die Tradition Walter Scheels, der sich in den 1960er Jahren gegen die Nationalliberalen in der F.D.P. durchgesetzt hatte. Dabei ging es vor allem um die Verhältnisbestimmung zwischen deutscher Frage und europäischer Einigung. Manche Nationalliberale sahen in einer Betonung der (west-)europäischen Einigung Probleme für die deutsche Einheit.¹³ Liberale Außenpolitik hieß demgegenüber seit 1969 strikte Gleichausrichtung nationaler und europäischer Politik. Liberale hätten, so

12 Regierungserklärung Genschers vor dem Deutschen Bundestag zur KSZE am 25.7.1975. In: Genscher: Unterwegs zur Einheit (wie Anm. 2), S. 38. Vgl. auch Genschers Einlassung in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd.V,1, S.956.

13 Genscher: Die Chance der Deutschen (wie Anm. 1), S. 112 f.

meinte Genscher 1976, »im 18. und 19. Jahrhundert den freiheitlich-demokratischen Nationalstaat geschaffen ... [heute] wollen sie ... das freiheitlich-demokratische Europa schaffen«.¹⁴

Zu den unverrückbaren Basisgrundsätzen seiner Politik machte Genscher also die Koppelung der deutschen Frage und des Ziels der deutschen Einheit an die Einigung Europas. Solange Osteuropa kommunistisch blieb, bedeutete dies, dass zunächst die westeuropäische Integration vorangetrieben und die deutsche Frage offengehalten werden mussten.

Zugleich markierte Genscher freilich auch die Grenzen dieser Entspannungspolitik. Sie verliefen dort, wo es um die militärische und politische Sicherheit des eigenen Landes, Westeuropas und der westlichen Welt im Ganzen ging. Vonnöten war das, was Genscher 1975 »realistische Entspannungspolitik« nannte. Eine solche Politik brauchte »das Fundament Sicherheit, und Sicherheit gibt es für uns nicht ohne das Bündnis und seine und damit auch unsere Verteidigungsbereitschaft. Wer glaubt, er könne seine Sicherheit gewährleisten allein durch Bemühung um Entspannung, wäre ein gefährlicher Träumer«.¹⁵

Was dies konkret bedeuten konnte, wurde beim zweiten Knotenpunkt deutlich, der hier genannt sein soll, beim Regierungswechsel 1982/83 und der Debatte um die Nachrüstung. Einerseits war es für Genscher eine *conditio sine qua non* für den Koalitionswechsel, dass sich die Union mehrheitlich und mit dem neuen Kanzler Helmut Kohl an der Spitze dem Kalkül der Entspannungspolitik angeschlossen hatte. Andererseits aber war dieser Koalitionswechsel auch notwendig, um die »Doppelstrategie« der Entspannungspolitik, wie sie Genscher verstand, weiterzuführen. Diese Doppelstrategie ging im Kern auf den Harmel-Bericht von 1967 zurück. Sie verband die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts und damit der Sicherheit des Westens mit dem Angebot der Entspannung an den Osten. Aber bis Ende der siebziger Jahre hatte sich die sicherheitspolitische Lage des westlichen Bündnisses dramatisch verschlechtert. Die Aufstellung der sowjetischen SS 20-Raketen und der sowjetische Einmarsch nach Afghanistan belebten den Kalten Krieg. Den Blühträumen der Entspannung folgte die Eiszeit der Nachrüstung, der vergeblichen Verhandlungen und der militärtechnischen Kalkulationen.

Genscher hat diese Wendung mitgemacht, ja aktiv gestaltet, ohne zu zaudern, und er hat damit auch die Existenz der F.D.P. als Bundestagspartei riskiert. Er tat dies im vollen Bewusstsein, recht zu haben mit der Politik der »aktiven Friedenssicherung«, wie er es nannte. »Die [christlich-liberale] Koalition, vor

14 Hans-Dietrich Genscher: Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit. Stuttgart 1976, S. 28.

15 Regierungserklärung (wie Anm. 12), S. 37.

allein die F.D.P., so sagte er vor den Wahlen im März 1983, »hat dabei ein gutes Gewissen. Sie setzt nur die Linie der alten Regierung fort.«¹⁶ Angesichts der Bedrohung durch die SS 20 galt es die Fundamente einer »realistischen Entspannungspolitik« zu bewahren. Sie betonte die eigene militärische Sicherheit, die sich für Genscher stets transatlantisch definiert hatte, und wies den östlichen Partner auf seine Grenzen hin.

Genscher hat aber auch nicht gezögert, die umgekehrte Richtung einzuschlagen, wenn es seinem Entspannungskonzept entsprach. So setzte er sich 1987 ebenso nachhaltig wie erfolgreich für die sogenannte doppelte Null-Lösung und 1989 gegen die Modernisierung der Lance-Kurzstreckenraketen ein. Dies geschah gegen den Willen von erheblichen Teilen in der CDU/CSU, die eine nukleare »Singularisierung« und eine erdrückende konventionelle Übermacht des Warschauer Paktes befürchteten. Es kostete Genscher einige Mühe, Kohl von seiner Auffassung zu überzeugen. 1987 kam es über die doppelte Null-Lösung zu einem Riesenkrach mit Franz Josef Strauß. Strauß hielt Kohl vor, er solle sich »mit seinen wirklichen Freunden abstimmen, nicht nur mit Herrn Genscher telefonieren«¹⁷, und zog kurzfristig sogar die CSU-Minister aus dem Bonner Kabinett zurück.

Am Ende hatte aber die Bundesrepublik ihr ganzes Gewicht in die Waagschale der Bündnispolitik geworfen und einen nachhaltigen Erfolg erzielt. Mit dem Verzicht auf die Pershing IA-Raketen und die Modernisierung der Lance dokumentierte die Bundesregierung, dass sie willens war, auf Gorbatschows Abrüstungsinitiativen zu vertrauen. Auf das deutsch-sowjetische Klima übte dies eine entscheidende Wirkung aus. In ihrer Bedeutung kann man sie nicht hoch genug veranschlagen, wenn man über die außenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung spricht.

Das führt zum dritten Knotenpunkt unseres Themas – der deutschen Einigung 1989/90. Mehr denn je orientierte sich Genscher im Verlauf der dramatischen Ereignisse am Prinzip der Kompatibilität. Das hieß erstens: keine Trennung der deutschen Frage von der europäischen. Tatsächlich gab es Ende der 1980er Jahre in der Union, aber auch in der F.D.P. selbst Stimmen, die so etwas wie eine »operative Wiedervereinigungspolitik« verlangten. Ihnen erteilte Genscher eine klare Absage. Er warnte vor einer »Enteuropäisierung der Deutschlandpolitik« und vor jedem Ansatz eines »deutschen Sonderwegs«.¹⁸

Im Angesicht des Mauerfalls waren es denn auch Genscher und mit ihm die FDP, die von allen bundesrepublikanischen Akteuren und Parteien ihre poli-

16 Jürgen Lorenz: Gefragt: Hans-Dietrich Genscher. Bornheim 1983, S. 40.

17 Frankfurter Rundschau, 5.9.1987. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.1987. Zum Ganzen siehe Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990. München 2006, S. 567-571.

18 ADL 17118 (wie Anm. 9).

tische Sprache am wenigsten anzupassen hatten. Die unerbittliche Parallelität, in die Genscher in der Vergangenheit stets jede Perspektive einer Überwindung der deutschen Teilung mit einer fortschreitenden europäischen Integration gesetzt hatte, konnte auch in der Phase der Wiedervereinigung auf die westlichen Verbündeten und die östlichen Nachbarn beruhigend wirken.

Ging Genscher in dieser Frage mit Bundeskanzler Kohl völlig konform, so betonte er in anderen Fragen die Kompatibilität stärker als der Bundeskanzler. Das galt zum Beispiel in Bezug auf die Frage einer NATO-Präsenz auf dem Gebiet der DDR, vor allem aber in Bezug auf die polnische Westgrenze. »Wer die polnische Westgrenze in Frage stelle, rufe einen Domino-Effekt in anderen Teilen Europas hervor. Deshalb dürfe es in dieser Frage kein Wackeln geben.«¹⁹

Entsprechend verärgert zeigte sich der Außenminister über Kohls Zehn-punkte-Plan vom 28. November 1989, der die polnische Westgrenze übergang und vorher nicht abgesprochen war. Zwar sei es »unbestreitbar, dass im 10-Punkte-Plan wesentliche Elemente der Politik der F.D.P. Eingang gefunden hätten.« Aber das Vertrauenskapital bei den Partnern würde beschädigt; die Empfindlichkeiten wüchsen.²⁰ Genscher erfuhr dies selbst wenig später bei seinem Moskau-Besuch, der die »unerfreulichste Begegnung« mit Gorbatschow werden sollte, getrübt von heftigen Vorwürfen und zum Teil lautstarken Auseinandersetzungen. Niemals, so Genscher, habe er den sowjetischen Parteichef »so erregt und so bitter« erlebt.²¹

Aber es kennzeichnete Genschers Haltung, dass er den Bundeskanzler gegenüber Gorbatschow verteidigte, darauf hinwies, dass die Probleme der DDR hausgemacht seien und nicht der Bonner Politik angelastet werden dürften. Tatsächlich herrschte zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt – bei allen vorübergehenden Dissonanzen – eine grundsätzliche Übereinstimmung. Genscher und Kohl einte ein hohes Maß an Gemeinsamkeit, das durch stete vertrauliche Abmachungen ihr Fundament erhielt. Beide »tickten«, wie Kohl in seinen Memoiren schrieb, »in den elementaren und existentiellen Fragen deutscher Außenpolitik gleich und wussten um die Position des anderen.«²² Letztlich wählten beide dieselben Methoden, das oberste Ziel bundesdeutscher Außenpolitik anzusteuern: nämlich den Dreiklang aus atlantischer Bündniswahrung, europäischer Integration und auf Entspannung zielender Ostpolitik zur Harmonie zu bringen. Nur so, darin stimmten beide überein, würde es möglich sein, aktive Deutschlandpolitik zu gestalten oder den deutschlandpolitischen Status quo womöglich zu überwinden. Der historische

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 683f.

22 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990. München 2005, S. 153.

Rückblick offenbart, dass eine solche Harmonie gegen Ende der achtziger Jahre vorübergehend eintrat und ein zuvor kaum vorstellbares »window of opportunity« eröffnete.

Bis zu diesem Zeitpunkt war Genschers Außenpolitik eindeutig von Kontinuität gekennzeichnet. Sie entsprang den genannten Prinzipien und Methoden liberaler Außenpolitik, nämlich Entwicklungsgedanke und Rationalismus, Freiheit und Selbstbestimmung, Kompatibilität und Multilateralismus. Innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen des Ost-West-Gegensatzes wandte sie Genscher systematisch, konsequent und zugleich flexibel an – am Ende mit dem überragenden Erfolg der Wiedervereinigung. Was aber, wenn sich die Rahmenbedingungen fundamental änderten?

Damit ist der vierte und letzte Knotenpunkt angesprochen, nämlich die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991. Diese Politik ging maßgeblich auf die deutsche und auf Genschers persönliche Initiative zurück. Auch sie entsprang ohne Zweifel liberalen Prinzipien. Sie war der Freiheit und Selbstbestimmung verpflichtet, im Zerfallsprozess Jugoslawiens erkannte sie eine nicht mehr zu stoppende geschichtliche Entwicklung, und im Grunde schien es auch vernünftig, diesen Prozess zu fördern. Bei manchen europäischen Partnern, in erster Linie in Frankreich, erschien die deutsche Politik jedoch als vorschnell, als dominant und letztlich sogar der historischen Komplizenschaft mit dem Kroatien Ante Pavelics im Zweiten Weltkrieg verhaftet.

Hier sei nun nicht das Für und Wider der Anerkennung diskutiert, sondern nur darauf hingewiesen, dass die beiden Methoden liberaler Außenpolitik – Kompatibilität und Multilateralismus – in der Jugoslawienpolitik nur begrenzt zur Wirkung kamen. Die Rahmenbedingungen hatten sich fundamental gewandelt; es war noch keineswegs klar, welche außenpolitische Rolle das vereinigte Deutschland zwischen gestiegener internationaler Verantwortung, global sich vervielfältigenden Krisenherden und der aus historischen Gründen weiterhin opportunen Zurückhaltung künftig würde spielen können.

Ende April 1992 trat Hans-Dietrich Genscher für die meisten sehr überraschend von seinem Amt als Außenminister zurück. Vor dem F.D.P.-Parteivorstand begründete er diesen Schritt: »Seit langem habe ich mir vorgenommen, im Zusammenhang mit der Vollendung des achtzehnten Jahres im Amt des Bundesministers des Auswärtigen aus diesem Amt auszuschcheiden.«²³ Freilich fragt man sich, welche magische Bedeutung mag die Zahl 18 besessen haben, und man fragt es sich vergeblich. Waren es nicht vielmehr die grundlegend gewandelten Verhältnisse, die Genscher seinen Rücktritt nahelegten?

23 Rede Genschers vor dem Präsidium der F.D.P. am 27.4.1992. In: Reinhard Bettzuege: Hans-Dietrich Genscher, Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit. Bergisch-Gladbach 1994, S. 183.

Tatsächlich verloren einige seiner liberalen Grundprinzipien mit der Zäsur von 1989/90 zwar nicht ihre Bedeutung, aber doch ihre pragmatische Eindeutigkeit. Der Zustand des Friedens in Europa, »in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«, war kein Telos mehr, sondern er war erreicht worden. Und die neuen Rahmenbedingungen stellten die deutsche Außenpolitik vor gänzlich neue Probleme. Um sie zu lösen, musste die Verknüpfung liberaler Prinzipien und politischer Pragmatik erst noch hergestellt werden. Das galt nicht zuletzt für die Frage eines militärischen Einsatzes außerhalb des NATO-Gebietes. Genscher hatte ihn 1983 mit guten Gründen strikt abgelehnt.²⁴ Jetzt aber stand die Frage in Jugoslawien fast als Menetekel an der Wand: Konnte die Europäische Gemeinschaft demokratische Entwicklung, Freiheit und Selbstbestimmung als internationales Programm vertreten und – wenn sich hieraus kriegerische Verwicklungen ergaben – beiseite stehen? Was bedeutete dies für die Formulierung deutscher Friedenspolitik – stets ein Axiom der Außenpolitik Genschers? Und in welchem Verhältnis stand sie zur Forderung nach einem selbstbestimmten, freiheitlich-demokratischen Jugoslawien?

»Der außenpolitische Weg Deutschlands ist klar vorgezeichnet, die Festlegung unserer Außenpolitik auf Europa ist unumkehrbar.«²⁵ Dies war Genschers Einschätzung zum Zeitpunkt seines Rücktritts. In seiner Allgemeinheit ließ sich diese Aussage auch kaum bestreiten. Mit welchem Instrumentarium allerdings die Deutschen ihren außenpolitischen Weg künftig beschreiten sollten und wollten, war eine offene und zugleich höchst schwierige Frage. Vielleicht wollte Hans-Dietrich Genscher es einfach anderen überlassen, diese Frage zu beantworten.

24 Siehe Lorenz: Gefragt (wie Anm. 16), S. 49.

25 Rede Genschers vor dem Präsidium der F.D.P. am 27.4.1992 (wie Anm. 23), S. 185.

